

Die diversen Organisationen der Fluglärmmegner einigen sich auf drei Kernforderungen **SEITE 18**

Im Kloster Rheinau sind bald Kunstwerke von Patienten der Psychiatrischen Klinik zu sehen **SEITE 19**

# Wunschkonzert am See

Ein neu gestaltbares Areal an bester Lage in Uetikon weckt vielseitige Begehrlichkeiten

Gemeinde, Kanton und Dorfbewohner: In Uetikon am See werden bald alle mitreden können, wie es mit dem frei werdenden Filet-Grundstück am Ufer des Zürichsees weitergeht. Begonnen hat alles mit einem kämpferischen Bürger.

LENA SCHENKEL

Ein bisschen erinnert die Geschichte an den Dürrenmattschen «Besuch der alten Dame» – bloss musste in Uetikon am See niemand sterben, damit das Dorf zu Segnungen kommt: Der Mutterkonzern der Chemie Uetikon (CU), die mit ihren Fabrikanlagen seit bald 200 Jahren fast den gesamten Seeanstoss der Gemeinde besetzt, hat sein Grundstück für 52 Millionen an den Kanton Zürich verkauft, der darauf bis 2028 eine Mittelschule bauen will. Dieser veräusserte wiederum die Hälfte des Areals an die Gemeinde. Die Uetiker erhalten somit, wovon ihre Zürichsee-Nachbarn nur träumen können: einen öffentlichen Seezugang von beinahe einem Kilometer Länge und fast 33 000 Quadratmeter Uferland, die sie neu gestalten können.

## «Uetikon an den See»

Ganz so unverhofft wie bei Dürrenmatt erhielten die Uetiker diese «Jahrhundertchance», von der seither im Dorf die Rede ist, indes nicht. Einer, der sich seit über einem Jahrzehnt dafür einsetzt, dass Uetikon dem Namenszusatz entsprechend tatsächlich an den See gelangt, ist Rolf Käppeli. Der 73-jährige ehemalige Mittelschullehrer und Journalist kämpfte schon für einen öffentlichen Zugang zum Ufer, als das Gelände noch der Chemiefabrik gehörte. Als Redaktor der Dorfzeitung und Mitarbeiter des «Tages-Anzeigers» hatte er sich vertieft mit der Geschichte der «Chemischen» auseinandergesetzt und war zur Überzeugung gelangt, dass das Konzessionsland, auf dem diese ihre Anlagen betrieb, längst wieder dem Kanton



Urs Mettler  
Gemeindepäsident  
Uetikon



Rolf Käppeli  
Präsident Verein  
«Uetikon an den See»

und letztlich den Uetikerinnen und Uetikern hätte anheimfallen müssen.

«Kein Respekt vor fremdem Eigentum», urteilt der Uetiker Gemeindepäsident Urs Mettler mit Blick auf die damaligen Begehrlichkeiten von Käppeli und dessen Mitstreiter. Der Gemeinderat hatte seinerzeit anderes vor: Er unterstützte die CU in ihrem privaten Gestaltungsplan, der unter anderem 200 Wohnungen vorsah. Das «Uetikon West» genannte Projekt scheiterte jedoch 2007 an einer ausserordentlich gut besuchten Gemeindeversammlung. Daran nicht unbeteiligt waren Käppeli und seine Mitstreiter, die auf Basis dieses Erfolgs den Verein «Uetikon an den See» gründeten. «Das ist der Beginn eines langen Kampfes», habe ihnen damals ein Aussenstehender beschieden. Er sollte Recht behalten.

Die Fabrik zu enteignen, war letztlich aber nicht nötig, um ihre Forderung einzulösen. Die Wende brachte der Kanton, als er sich für Uetikon am See als Stand-



Das Gelände der Chemischen Fabrik Uetikon am rechten Ufer des Zürichsees wird bald anders aussehen.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

ort für seine neue Mittelschule am rechten Seeufer entschied und sich mit der CU auf einen Verkauf einigen konnte. Käppeli sieht sich und seinen Verein erneut nicht unbeteiligt: Man habe «tröpfchenweise Einfluss genommen», sagt er und erwähnt Gespräche mit der ehemaligen Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli oder dem obersten Zürcher Raumplaner, Wilhelm Natrup. Für Gemeindepäsident Mettler war es dagegen «einfach ein Glücksfall».

Noch ist nicht zweifelsfrei geklärt, wie die Arealgrenze zwischen Kantons- und Gemeindefeld verlaufen wird und welche Fabrikgebäude aus denkmalpflegerischen Gründen übernommen werden müssen, doch bereits jetzt weckt die Aussicht auf das Filet-Grundstück am Seeufer Begehrlichkeiten aller Art. Vertraglich festgelegt ist, dass der Mittelschule und damit dem Kanton bei der Planung Priorität zugesprochen wird, dass die CU ihre Altlasten im See entsorgt und dass ein mindestens 2 Meter 50 breiter öffentlicher Seeuferweg das Areal durchläuft. Fest steht ausserdem, dass die Gemeinde einen Teil des Landes wird verkaufen müssen, um ihre Investitionen zu decken. Ein vereinbarter Wertausgleich soll verhindern, dass eine der beiden Parteien mehr verdient oder ausgibt als die andere – etwa für die Sanierung des Bauuntergrunds.

Was alles Übrige betrifft, sind bald auch die Uetikerinnen und Uetiker gefragt: Im Spätsommer sollen sie an einem öffentlichen Partizipationsverfahren teilnehmen können. Wenn es nach Käppeli und seinem Verein geht,

## Gymnasium mit Seesicht

Die neue kantonale Mittelschule in Uetikon am See wird 1000 bis 1500 Schüler aufnehmen und in rund zehn Jahren auf dem ehemaligen Fabrikareal am See bezugsbereit sein. In der Zwischenzeit sollen zunächst 100 Gymnasialisten ab Sommer 2018 und später weitere 400 in einem Provisorium im Dorfzentrum zur Schule gehen. Im Dezember genehmigte die Uetiker Gemeindeversammlung die nötige Umzonung der Riedstegwiese, und der Regierungsrat sprach dafür einen Baukredit von 18,2

Millionen Franken – in Form einer gebundenen Ausgabe. Ob der Regierungsrat damit den Kantonsrat übergangen hat, prüft derzeit das Bundesgericht. Wie dieses im März entschieden hat, erhält die Stimmrechtsbeschwerde des SVP-Kantonsrats Hans-Peter Amrein jedoch keine aufschiebende Wirkung. Selbst einer allfällig notwendigen nachträglichen Bewilligung sollte nichts im Wege stehen, hat sich das Parlament doch einstimmig für das Kantonsschulprojekt ausgesprochen.

In einem Positionspapier hat der Verein «Uetikon an den See» dem Wunschkatalog kürzlich weitere Kernpunkte hinzugefügt, darunter sehr visionäre Ideen. So soll die Seestrasse eingedekelt werden, um das Uferareal optimal ans Dorf anzubinden, eine grosszügige Begegnungszone am Seeufer errichtet und eine zusätzliche SBB-Haltestelle «Uetikon-Mittelschule» gebaut werden. Diese und andere Pläne hat der Verein bereits der Gemeindebehörde präsentiert. Darauf angesprochen, sagt deren Präsident: «Unsere Flughöhe ist noch ganz anders.»

Dem bunten Strauss an Gedankenspielen setzt Mettler nüchtern entgegen, die von Kanton und Gemeinde getragene Projektgruppe habe die Submission für das externe Beteiligungsoffice abgeschlossen, welches das Partizipationsverfahren mit Workshops oder Zukunftskonferenzen durchführen werde, in die sich die Bevölkerung einbringen könne. Parallel dazu prüfe die kantonale Denkmalpflege derzeit die Bausubstanz der Fabrikgebäude, speziell jene, die 2012 ins Inventar der schützenswerten

Ortsbilder nationaler Bedeutung (Isos) aufgenommen worden seien, wobei der Zürcher Heimatschutz mitreden dürfte.

Kurzum: «Für Detailfragen ist es viel zu früh», sagt Mettler. Die Planung erfolge gemeinsam mit dem Kanton. Gedanken zur konkreten Nutzung von Gebäuden etwa seien verfrüht. Dem widersprechen Käppeli und Natsch: Die Gemeinde müsse sich jetzt einbringen, ehe der Kanton alles diktiert. So könnten Synergien entstehen, etwa indem die Badeanlage von Bevölkerung und Schülern gemeinsam genutzt werde oder deren Mensa den Uetikern abends als Seerestaurant diene. Ihrer Idee, statt einer teuren Tiefgarage eine «Sharing-Flotte von (E-)Autos» zur Verfügung zu stellen, steht Mettler skeptisch gegenüber: «Ich glaube nicht, dass künftige Mieter an dieser Lage ihren Maserati gegen Mobility tauschen würden.» Käppeli, der sich selbst eben erst ein E-Bike angeschafft hat, und Natsch glauben dagegen an einen gesellschaftlichen Wandel, den man bei der Gemeinde verkenne.

## Visionen mit Preisschildern

Mettler warnt davor, die finanziellen Dimensionen aus den Augen zu verlieren. Er möchte deshalb im bevorstehenden Partizipationsverfahren die Ideen «irgendwann auch mit Preisschildern versehen». Dann würde wohl so manche wieder von der Wunschliste verschwinden, so Mettlers Überzeugung. So sei etwa das Strandbad durchaus als Rasenfläche mit öffentlicher Toilette denkbar statt mit Schalter, Umziehkabinen und allem Drum und Dran, was ohnehin viel Platz beanspruchen würde.

Dass ihre Ideen sofort umgesetzt werden, erwarten die rund 60 Mitglieder und 70 Sympathisanten des Vereins «Uetikon an den See» gar nicht. «Wir wollen in erster Linie die Planungsperspektive möglichst öffnen, damit später nichts verhindert wird», sagt Käppeli. Sein Co-Präsident Natsch ergänzt, Visionen müsse man immer wieder aussprechen, damit sie Realität werden könnten – das habe er als Forscher gelernt. Und fügt hinzu: «Früher hat sich auch niemand das Limmatquai oder die Rapperswiler Seepromenade autofrei vorstellen können.»

BEZIRKSGERICHT ZÜRICH

## Philipp Gut erneut verurteilt

Weil er Jolanda Spiess-Hegglin der Lüge bezichtigte, wird der stellvertretende Chefredaktor der «Weltwoche» der üblen Nachrede schuldig gesprochen. Es ist bereits das zweite Mal.

Den bevorstehenden Prozess nutzte die «Weltwoche» letzte Woche, um die Geschichte, die Ende 2014 die Schweiz erregte, nochmals auszubreiten. Die Frage nämlich, ob die grüne Zuger Kantonsrätin Jolanda Spiess-Hegglin und ihr SVP-Ratskollege Markus Hürlimann in der Endphase einer feuchtfröhlichen Feier im Dezember 2014 einvernehmlich Sex hatten oder ob sie mit K.o.-Tropfen betäubt und dann geschändet wurde. Im Text räumten Chefredaktor Roger Köppel und sein Vize Philipp Gut ein, der Vorfall des eingeklagten Beitrags vom 24. September 2015 enthalte möglicherweise eine «zu überspitzte Formulierung», die aus streng juristischer Sicht womöglich übertrieben sei. Es geht um den Satz, dass die Akten zeigten, wie «die linke Frau den rechten Mann planmässig falsch beschuldigte».

Das liess Spiess-Hegglin nicht auf sich sitzen und strengte als Privatklägerin einen Prozess gegen Gut, den Autor des Beitrags, wegen übler Nachrede an. Staatsanwalt Ulrich Krättli erklärte am Montag vor dem Gericht, gemäss der Verfügung, mit der die Zuger Behörden ein Strafverfahren gegen Hürlimann eingestellt hatten, habe Spiess-Hegglin in keiner Weise ihren Kollegen beschuldigt. Sie habe wissen wollen, was am Abend geschehen sei. Dass sie Hürlimann planmässig und wissentlich falsch beschuldigt habe, treffe nicht zu. «Gut verschloss die Augen vor den Fakten. Er wollte seine Story», sagte Krättli.

Spiess-Hegglin's Anwältin sagte, der «Blick» habe seinerzeit den Vorfall an die Öffentlichkeit gebracht. Ihre Klientin hätte ihn nie von sich aus thematisiert. Mit dem Eingeständnis, dass eine Formulierung überspitzt gewesen sei, wolle die «Weltwoche» nun den Eindruck erwecken, dass der damalige Bericht im Kern korrekt war, was nicht zutreffe.

Gut selber sagte in seinem Schlusswort, er habe getan, was er als Journalist für richtig hielt; das falsche Bild des Opfers Spiess-Hegglin und des Täters Hürlimann zu korrigieren. Zuvor hatte sein Verteidiger angeführt, Spiess-Hegglin habe über die Medien den Verdacht gegen Hürlimann geschürt. Der Begriff der «planmässig falschen Anschuldigung» sei nicht juristisch gemeint, sondern eine journalistische Einordnung.

Den Einzelrichter Claudio Maira vermochte er damit nicht zu überzeugen: Zwar sei die Zuger Einstellungsverfügung, auf die sich Gut stütze, über die nach dem Vorfall eingegangene Strafanzeige nicht eindeutig. Der Vorwurf der falschen Anschuldigung sei aber falsch. Gut habe gewusst, dass deswegen in Zug auch gegen Spiess-Hegglin ein (bis heute hängiges) Verfahren laufe. Somit liege erst ein Verdacht vor, und für sie gelte die Unschuldsvermutung.

Der Richter verhängte eine bedingte Zusatzstrafe von 7800 Franken. Zusatz, weil Gut im September bereits zu einer Geldstrafe von 23 400 Franken verurteilt worden war. Maira sagte, damit sei Gut (anders als in der NZZ vom 6. 4. 17 dargestellt) nicht vorbestraft, sondern ein Ersttäter. Er muss Spiess-Hegglin eine Genugtuung und eine Prozessentschädigung bezahlen, ihm werden auch die Verfahrenskosten auferlegt. Philipp Gut wird ausserdem angewiesen, den fraglichen Beitrag aus dem elektronischen Archiv und der Mediendatenbank löschen zu lassen und das Urteil in der «Weltwoche» zu publizieren.

Urteil GG170064, 15. 5. 17, nicht rechtskräftig.